

Presseinformation



Landtagsfraktion Schleswig-Holstein

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Zentrale: 0431 / 988 – 1500
Durchwahl: 0431 / 988 - 1503
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
www.sh-gruene-fraktion.de

Nr. 307.17 / 19.10.2017

Mit politischer Sensibilität zum Erfolg

Zur Weiterentwicklung des Landesinstituts für berufliche Bildung unter Aufsicht des Wirtschaftsministeriums sagt der Sprecher für berufliche Bildung der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, **Lasse Petersdotter**:

Wir werden die berufliche Bildung in Schleswig-Holstein stärken, auch wenn sie in die Ressortzuständigkeit des Wirtschaftsministeriums fällt. Dieser Zuschnitt ist ein Kompromiss des Koalitionsvertrages.

Ich habe durchaus Verständnis für die Sorgen der GEW, allerdings steht die Abschaffung vom Sportunterricht oder der politischen Bildung für mich überhaupt nicht zur Debatte. Wer damit heute ernsthaft liebäugelt, scheint so einige Warnsignale der Gegenwart fahrlässig zu ignorieren.

Unser Ziel ist es, durch ein Schleswig-Holsteinisches Institut für Berufliche Bildung (SHIBB) endlich eine Berufsbildungspolitik und -verwaltung aus einer Hand zu gewährleisten.

Bereits 2014 hat meine Kollegin Ines Strehlau dafür ein tragfähiges Konzept vorgelegt, welches noch in der Küstenkoalition die ersten Schritte gegangen ist. Jetzt wird dieser Weg weiterentwickelt. Dazu gehört ganz selbstverständlich die enge Verzahnung mit den allgemeinbindenden Schulen. Dafür ist für uns beispielsweise die Beibehaltung von einem Schulgesetz für berufliche und allgemeinbindende Schulen eine wichtige Bedingung.

Vieles in der Umsetzung wäre bei einer Zuständigkeit im Bildungsministerium, wie es unser Konzept von 2014 auch vorsieht, leichter zu realisieren. Deswegen muss die Berufsbildungspolitik in noch engerem Dialog und mit politischer Sensibilität zum Erfolg gebracht werden. Jetzt ist die Zeit, gemeinsam ein starkes und eigenständiges SHIBB

umzusetzen. Wir sind auf erste Ergebnisse aus der zuständigen interministeriellen Arbeitsgruppe gespannt.
